



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses  
am 26. November 2008  
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

---

**Vorsitz :** Torsten Tollebeek (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder: siehe Anlage 1  
Ferner anwesend: siehe Anlage 2  
Tagesordnung: siehe Anlage 3  
Veröffentlichung: siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil):** 17:10 Uhr **Ende: 17:45 Uhr**  
**Beginn (Nicht öffentlicher Teil):** 17:45 Uhr **Ende: 18:45 Uhr**

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nr. 29/08 (Drucksachenband 129)

Drucksachenlisten DL Nr. 47/08 (Drucksachenband 132)

Drucksachenlisten DL Nr. 48/08 + NÖ, 49/08, (Drucksachenband 133)  
50/08 + NÖ, 52/08

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

## Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 26. November 2008

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Vor Eröffnung der Sitzung begrüßt Vors. Tollebeek Stv. Sven Gerich als neues Ausschussmitglied als Nachfolger von Stv. Dr. Goßmann.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

### öffentliche Sitzung

#### 0251      Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.  
Zu Beginn der Sitzung werden die Punkte abgestimmt, zu denen kein Beratungsbedarf gesehen wird.

Einstimmig

#### 0252      Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 29.10.2009 wird genehmigt.

Einstimmig

#### Die Vorlagen zu den Beschlüssen Nr. 0253 bis 0256 werden ohne Diskussion abgestimmt.

#### 0253      08-V-40-0040

Diesterwegschule - Erweiterung - Grundsatz- und Ausführungsvorlage

Einstimmig

#### 0254      08-V-40-0048

Gymnasium am Mosbacher Berg - Mehrkosten der Aulasanierung

Einstimmig

#### 0255      08-V-40-0053

Brüder-Grimm-Schule und Carlo-Mierendorff-Schule;  
Schulhofumgestaltung

Einstimmig

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

**0272            07-A-19-0017**

Übersicht über Gutachten und Beratungsleistungen

Einstimmig

**0257            08-F-07-0031**

Finanzmittel des Ausländerbeirats  
- Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 20.11.2008 -

Stv. Reiß begründet den Antrag.

Herr Löber (Revisionsamt) weist darauf hin, dass der Ausländerbeirat durch die HGO verankert ist. Der Ausländerbeirat hat Verwendungsnachweise über seine Finanzmittel zu führen und kommt dieser Verpflichtung selbstverständlich nach. Im Jahr 2003 wurde die letzte Prüfung des Ausländerbeirats von Seiten der Revision durchgeführt, da seiner Zeit ein Wechsel in der Geschäftsstelle stattfand. Alles war vorbildlich und nachvollziehbar verbucht. Mehr als die Hälfte der Finanzmittel werden für Personal und Arbeitsplatzkosten ausgegeben.

Der Rest wird lt. Herrn Sekmen (Geschäftsstelle Ausländerbeirat) z. B. für Vereinsförderung, Veranstaltungen und Seminare und das jährlich stattfindende Internationale Sommerfest verwendet.

Auf Nachfrage von Stv. Reiß berichtet Herr Sekmen, dass bei den Zuschüssen, die der Ausländerbeirat auszahlt, die Zuschussrichtlinien der Landeshauptstadt Wiesbaden Anwendung finden, aber auch eigene Richtlinien Anwendung finden.

Vors. Tollebeek weist ebenfalls darauf hin, dass es bisher nie Beanstandungen im Bereich Ausländerbeirat gegeben hat.

Lt. Herrn Sekmen werden jährlich 20 bis 40 Förderanträge gestellt, bei denen grundsätzlich nach einer anderweitigen Förderung gefragt wird.

Der Antrag hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

**0258            08-F-25-0065**

Flyer / Werbemittel der Stadt Wiesbaden  
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 20.05.2008 -

Stv. Klüssendorf ist überrascht über die Kreativität der städtischen Ämter in der Darstellung der Ämter. Sie habe auch nach 2 Tagen Studium „keinen Durchblick“ erlangt. Besser wäre eine Exceltabelle gewesen. Im Bereich Kultur und Soziales fehlt ihr ein Gesamtüberblick. Auch bei den Kosten ist die Darstellung nicht klar genug. Beim Amt für Grünflächen werden Kosten von 2.500 € angegeben. Sie

## Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 26. November 2008

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

kann sich kaum vorstellen, dass dies ausreicht. Sie fragt nach, ob die Druckkosten, die im Rathaus entstehen, auf alle Maßnahmen verteilt worden sind.

Für sie ist Vieles zu pauschal dargestellt.

Im Kulturbereich und bei City-Dialog seien viele Punkte nicht nachvollziehbar. Zum Teil wurden Kosten geschwärzt, was sie nicht nachvollziehen könne.

Stv. Schäfer schließt sich den Ausführungen von Stv. Klüssendorf an. Sie plädiert dafür, dass der Kulturbereich Informationen nachliefert.

Auch Stv. Reiß hält es für sehr wichtig, dass die Daten des Kulturbereiches in die Übersicht einfließen. Er moniert außerdem, dass die zeitlichen Angaben über die Stadtgeschichte manchmal schlicht falsch seien. So hieße es in einer Broschüre, dass das Pfingstturnier seit 1929 im Schlosspark Biebrich stattfindet. Dort sei es aber erst seit 1949 angesiedelt.

Vors. Tollebeek stellt klar, dass der Kulturbereich nach Rücksprache mit ihm lediglich Pauschalbeträge angegeben hat, da in diesem Bereich extrem viele Flyer u.a. aufgelegt würden. Bei speziellen Punkten sei eine Nachfrage durchaus erlaubt, aber man wolle die Verwaltung nicht mit Fragen lahmlegen.

Er weist außerdem darauf hin, dass die Stadtverordneten als Politiker zwar Kontrollfunktionen innehätten. Man dürfe aber nicht Verwaltung „spielen“, auch wenn die angebrachte Kritik durchaus berechtigt erscheine.

Er schlägt vor, die Übersicht als eingebracht zu betrachten und dann konkrete Nachfragen zu stellen.

Stv. Sommer fragt nach, warum die interessanten Broschüren des Amtes 12 nicht gemeldet worden seien. Außerdem bittet er darum die bereits 2005 aufgelegten Gestaltungsfibeln für die östlichen Vororte, die ihm nur vom Hörensagen bekannt seien, erneut aufzulegen.

Stv. Klüssendorf fragt sich, was man mit Broschüren macht, die in nur ganz geringer Auflagenhöhe (z. B. 500) gedruckt werden.

Stadtrat Bendel nimmt Stellung zu den Fragen. Für Amt 12 meldet er Fehlanzeige. Dort habe man keine Werbemittel. Die dort erarbeiteten Broschüren würden entweder kostenlos an die Stadtverordneten verteilt oder aber verkauft.

Angaben seien auch nicht geschwärzt worden, sondern es seien für die Jahre 2005 und 06 keine Angaben ohne weiteres griffbereit gewesen. Man hätte im Keller suchen müssen, was er nicht für sinnvoll hielt. Man könne mit der knapper gewordenen Personaldecke nicht alles machen. Er bittet darum, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und nicht immer wieder auf die TO zu setzen. Der Ausschuss könne z. B. aber konkret nach einzelnen Punkten fragen.

Vors. Tollebeek schlägt als Beschluss vor, den Bericht als Arbeitsgrundlage für die Haushaltsplanberatungen zur Kenntnis zu nehmen. Die Frage zu den Broschüren des Amtes 12 habe sich sowieso erledigt. Die Gestaltungsfibeln für die östlichen Vororte könnten nachgeliefert werden. Stadträtin Thies wird um eine detaillierte Aufstellung der Gesamtkosten und der Anzahl der Flyer gebeten. Ansonsten sei der Antrag grundsätzlich als erledigt zu betrachten.

Der Ausschuss stimmt diesem Verfahrensvorschlag zu.

Einstimmig

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 26. November 2008

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

**0259            08-F-25-0088**

Übernahme von Bestattungskosten  
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 06.08.2008 -

Vors. Tollebeek hält den Antrag durch den vorgelegten Bericht grundsätzlich für erledigt. Er hält es aber nicht für einsehbar, dass Personen kein Ordnungsgeld zahlen müssen, nur weil dies nicht im Verhältnis zum Aufwand steht. In einem Rechtsstaat sollte es nicht der Exekutive überlassen bleiben zu entscheiden, ob alles in einem richtigen Verhältnis steht. Das Standesamt sei kein unabhängiger Richter.

Er schlägt vor, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und dadurch auch den Antrag zu erledigen. Er geht aber davon aus, dass es einen neuen Antrag geben wird, der eine Umstellung des jetzigen Verfahrens zum Ziel haben wird.

Einstimmig

**0260            07-V-80-6004**

Dienstanweisung über die Vergabe von Lieferungen und Leistungen (DVL); Anhebung von Freigrenzen

Durch den Bericht unter Beschluss Nr. 0261 erledigt.

Einstimmig

**0261            08-V-80-6001**

Dienstanweisung über die Vergabe von Lieferungen und Leistungen (DVL);  
Einführung neuer Wertgrenzen für die Freihändige Vergabe

Der Bericht wurde ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

**0262            08-V-70-0001**

Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt  
Wiesbaden für das Geschäftsjahr 2008

Der Bericht zur dieser Vorlage wird zur Kenntnis genommen. Die Sitzungsvorlage selbst wird nach Vorlage des Berichts abgestimmt.

Einstimmig

## Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 26. November 2008

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

**0263            08-V-03-0014**

Mittelbereitstellung für einen neuen modularen Wiesbaden Imagefilm

Stv. Sommer fragt nach, warum der Film nicht in einer dritten Sprache, z.B. Französisch, über Wiesbaden berichtet.

Stv. Reiß fragt nach, ob es nicht sinnvoller sei, bis zum Herbst 2010 mit dem Drehen des Filmes zu warten, weil im Moment in Wiesbaden sehr viel gebaut werde.

Stv. Gerich möchte wissen, ob es nicht im Vorhinein absehbar gewesen ist, dass man diesen Film braucht. Man hätte die Kosten dann in den Haushalt aufnehmen können.

Stadtrat Bendel berichtet, dass der Film jetzt nachgefragt würde. Für Französisch gäbe es keinen Bedarf. Der Film würde für Messen usw. gedreht und könnte im Nachhinein auch in anderen Sprachen vertont werden. Man habe viele Ideen, aber nicht immer genug Geld. In diesem Fall handele es sich um übergeleitete Mittel. Er hält das Geld für den neuen Film für sinnvoll eingesetzt.

Stv. Schäfer bittet um Aufklärung darüber, ob man mit Folgekosten rechnen müsse.

Lt. Stadtrat Bendel kann es eigentlich nicht zu Folgekosten kommen. Vielleicht würde man in späteren Jahren noch einmal einen neuen Film drehen, wenn die Nachfrage erneut gegeben ist. Die Auswahl der Firma (Frage von Stv. Gerich) war auf der einen Seite eine Kostenfrage. Auf der anderen Seite habe man eine Firma genommen, die schon im Landtag tätig waren und ein feeling für die Stadt haben. Man würde für kleines Geld eine gute Sache bekommen.

Enth. BLW

**0264            08-V-20-0058**

Investitionscontrolling 3. Quartal 2008

Auf Nachfrage von Stv. Schäfer teilt Herr Emmel mit, dass Mittel für Investitionsmaßnahmen immer dann übergeleitet werden, wenn die Maßnahme noch nicht abgeschlossen ist und die Fachbereiche die Überleitung beantragen.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass generell immer zu wenig Geld im Laufe des Haushaltsjahres ausgegeben werde.

Einstimmig

**0265            08-V-40-0041**

GS Bierstadt - Erweiterung - Grundsatzvorlage

Die Ausführungsvorlage zu dieser Maßnahme wird demnächst vorgelegt - jetzt nur Grundsatz.

Einstimmig

## Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 26. November 2008

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

**0266**      **08-V-40-0043**

Sofortprogramm gegen Wassereinbrüche in Wiesbadener Schulen

Die Maßnahmen werden grundsätzlich begrüßt.

Stv. Reiß möchte wissen, warum bei der A.-Reichwein-Schule und der L.-Jahn-Schule nicht auf je 300.000 € festgelegt worden seien.

Herr Emmel (Kämmerei) weist darauf hin, dass es sich hier eher um ein Missverständnis handelt. Bei Maßnahmen von mehr als 500.000 € muss der Magistrat jeder Maßnahme zustimmen, ansonsten kann selber beauftragt werden.

Vors. Tollebeek erklärt, dass die Maßnahmen durch die Wetterereignisse notwendig geworden sind. Jamaika habe sich unabhängig vom Haushalt dazu entschlossen, die Schülerinnen und Schüler im Winter nicht im Regen sitzen zu lassen.

Einstimmig

**0267**      **Verschiedenes**

Vors. Tollebeek geht auf die Presseberichterstattung zur Erteilung einer Genehmigung zum Betrieb einer Straußwirtschaft ein. Der daraus entstandene Antrag wird unter Beschluss Nr. 0268 beraten und beschlossen.

Einstimmig

**0268**      **Betrieb einer Straußwirtschaft**

s. dazu auch Beschluss Nr. 0267

Vors. Tollebeek berichtet, dass er aufgrund der Presseberichterstattung eine Aufklärung der Angelegenheit wünscht und deshalb beantragt, dass das Revisionsamt und die Antikorruptionsbeauftragte gemeinsam den Vorgang prüfen. Er weist darauf hin, dass er der Presse demnächst öffentlich berichten müsse.

Einstimmig

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

## nicht öffentliche Sitzung

Herr Zenzen, der zukünftige Leiter des Revisionsamtes ist auch bei der nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses anwesend.

0273            07-F-07-0036

Bewirtschaftung der Erlebnismulde auf dem Neroberg  
- Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 29.08.2007 -

Es entsteht eine längere Diskussion über die Bewirtschaftung des Turmes auf dem Neroberg.

Vors. Tollebeek erklärt, dass der Pächter der Erlebnismulde auch den Turm gepachtet habe. Der Vertrag wurde seiner Zeit zwischen dem Pächter und Stadtrat Riedle geschlossen. Ein Anteil der Pacht sollte an die LHW fließen, was aber nicht geschehen sei. Er fragt nach, wer das Geld nun zurückhole. Diese Geschichte lief ja schon eine ganze Weile. Das Kulturamt sei zwar zuständig; durch die Gründung der WIM sei diese aber nun zuständig geworden.

Von beiden Dezernenten höre der Ausschuss, dass es einerseits den Pächter oder die Mulde oder auch WIM gäbe. Der Ausschuss wolle aber wissen, wie hoch die angefallene Pachtsumme sei und wer mit dem Pächter verhandle, damit die LHW einen angemessenen Obolus für die Verpachtung erhalte.

Stadträtin Thies weist darauf hin, dass es noch komplizierter sei, als von Vors. Tollebeek beschrieben. Dem Pächter sei schwer nachzuweisen, dass er Veranstaltungen in der Mulde mache. Das Amt für Grünflächen habe dazu noch das Problem mit den Toiletten. Man möchte in Vertragsverhandlungen gehen - dies müsste aber WIM machen. Um das Gesamtproblem zu lösen, müsste man den Vertrag „aufdröseln“ und die Toiletten des Pächters öffentlich machen. Das Problem müsse auf jeden Fall gelöst werden.

Auf Nachfrage von Vors. Tollebeek geht Stadträtin Thies davon aus, dass die WIM die Verhandlungen führen müsse; der Turm sei überschrieben worden.  
Er fragt erneut nach, wer die Verhandlungen nun konkret aufnimmt und das Geld zurückholt.

Stadtrat Bendel weiß nicht so genau, was es an dieser Stelle im Ausschuss soll. Das Amt für Wirtschaft und Liegenschaften habe den Vertrag geschlossen. Das Kulturamt habe die Bewirtschaftung der Erlebnismulde abgeschlossen. Die WIM könne doch kein Geld für das Kulturamt hereinholen. Die Pacht ginge ja grundsätzlich ein, aber der Teil, der für die Bewirtschaftung der Erlebnismulde der LHW zustünde, könne doch nur vom Kulturamt angefordert werden, da dieses auch Kenntnis von den Veranstaltungen habe. Er weist außerdem darauf hin, dass WIM noch nicht rechtswirksam vollzogen sei.

Stadträtin Thies berichtet, dass das Kulturamt den Bereich an das Amt für Grünflächen abgegeben habe. Man könne nur im Zusammenhang mit dem Pächter bei der Verpachtung des Turms insgesamt handeln.

## Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 26. November 2008

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Stadtrat Bendel hält sich nicht mehr für zuständig. Es müsse auch eine Gleichschaltung zwischen dem Pächter des Opel-Bades geben, sonst funktioniere das nicht. Für das Opelbad sei allerdings mattiaqua zuständig. Man könne nach seinem Dafürhalten die Verträge harmonisieren.

Stadträtin Thies erklärt sich bereit, sich um die Verträge zu kümmern. Sie hält es allerdings für schwierig nachzuweisen, wie viel der Pächter draußen bewirtschaftet usw. Sie werde es aber versuchen. Die Aufhebung des Nutzungsvertrages müsse aber mit der WIM geklärt werden.

Vors. Tollebeek geht davon aus, dass der Magistrat sich einigen müsse, wer das Gesamtpaket verhandle und z. B. einen neuen Pachtvertrag abschließe.

Falls es schwierig sei, die einzelnen Facetten auseinander zu dividieren, könnte man alle Verträge kündigen und durch eine neue Ausschreibung z. B. andere Bedingungen schaffen, wie z. B. die Frage der öffentlichen Toiletten klären und eine Regelung für den Kulturbetrieb finden. Alle Pächter könnten einen Hinweis erhalten, dass der neue Vertrag an andere Bedingungen geknüpft wird.

Stadtrat Bendel begrüßt den Hinweis, dass es sich hier um eine Angelegenheit des Magistrats handle.

Stv. Reiß berichtet, dass in 2007 34 Veranstaltungen ohne Info und Genehmigung stattgefunden haben. Wie kann so etwas bei existierenden Verträgen überhaupt passieren?

Vors. Tollebeek schlägt dem Ausschuss folgende Beschlussfassung vor:

1. Der Revisionsausschuss nimmt die Aussagen von Frau Stadträtin Thies und Herrn Stadtrat Bendel zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss nimmt des Weiteren zu Kenntnis, dass sich Magistrat mit dem Gesamtkomplex
  - öffentliche Belange bei der Verpachtung des Opelbades, des Nerobergturms und der Erlebnismulde,
  - mit der Verpachtung dieser drei Objekte und
  - der Eintreibung evtl. offener Forderungen aus einem der drei Objekte

in einem angemessenen Zeitraum beschäftigen wird.

Einstimmig

**0274            08-F-01-0044**

Sanierung Kuppeln Russische Kapelle; Mehrkosten - hier: Akteneinsicht  
Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 22.04.2008

Vors. Tollebeek berichtet noch einmal über den Sachstand in dieser Angelegenheit. Es bestünden unterschiedliche Rechtsauffassungen innerhalb der Verwaltung, so dass nun ein externes Rechtsgutachten von Seiten des Oberbürgermeisters noch in dieser Woche in Auftrag gegeben werde. Sobald das Gutachten vorliege, werde sich der Ausschuss mit dem Ergebnis beschäftigen. Zu dem jetzt vorliegenden Bericht gibt es keine Nachfragen.

## Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 26. November 2008

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Stadträtin Thies gibt dem Ausschuss zur Kenntnis, dass bei den Rechnungen der Firmen Kolb & Kern und Heil-Bedachungen (die 2 letzten Rechnungen in der Aufstellung des vorgenannten Berichts) Rechnungsdatum und Vorerfassungsdatum rund 6 Monate auseinander liegen. Dies beruht darauf, dass die Rechnungen von Seiten des Architekten verspätet an das Hochbauamt weitergegeben wurden.

Einstimmig

**0275            08-V-61-0041**

Regionalpark RheinMain: Neubau eines Aussichtsturmes am Mainhafen in Mainz-Kostheim

Stv. Sommer fragt nach der Kostenaufstellung für die Schlosserarbeiten und das Fundament. Seiner Auffassung nach hat der Architekt recht hohe Kosten abgerechnet.

Stv. Schäfer berichtet, dass die Kosten insgesamt 250.000 € betragen. Außer dem zuständigen Dezernat habe nicht einmal der Regionalpark selbst Interesse an dem Turm. Es gäbe Parks (z. B. Balancierpark), die sehr gut angenommen würden, aber Geld für einen Turm auszugeben, der gar nicht so gewollt ist, hält sie für problematisch. Ihre Fraktion werde der Vorlage nicht zustimmen.

Stadträtin Thies weist darauf hin, dass Stadtrat Prof. Dr. Pös bei der Sitzungsvorlage federführend ist. Sie geht davon aus, dass das Geld weg ist, wenn man sich jetzt von der Maßnahme distanzieren würde. Es bestünde auch die Gefahr, dass der Regionalpark sich bei der Finanzierung zurückziehen könnte und es gäbe genügend andere Mitglieder, die gern ihre eigenen Projekte machen möchten.

Vors. Tollebeek zitiert den Beschluss des Ortsbeirates, der den Turm gewollt hat. Der Ausschuss Planung/Bau/Verkehr tage in der kommenden Woche und könne sich inhaltlich mit der Vorlage beschäftigen. Auch der Ausschuss für Schule/Kultur könne sich zu dem Projekt inhaltlich äußern. Der Revisionsausschuss habe den Punkt lediglich wegen der apl. anfallenden Kosten auf der Tagesordnung. Die Maßnahme sei finanztechnisch in Ordnung.

gegen SPD und BLW angenommen

Anlagen

Wiesbaden,                      Januar 2009

**Vorsitzender    Schriftführer    weitere Schriftführerin**

Tollebeek    Reitz    Koba